

Bauarbeiter, abrechnen!

Dresden, 24. April 1931

Die Dresdner Volkszeitung veröffentlichte gestern eine Note, die „Bauarbeiterzeitung“ ist demselben. Darin heißt wörtlich:

„In den Bauverträgen des Bezirks Dresden-Südlich sind 24 000 Kollegen für und 20 000 gegen den Streikverbot.“

Mit so frecher Stimme lügt gestern die Dresdner Volkszeitung ihre Arbeiter an, um „nachzuweisen“, daß sie und die Bürokratie, die dem Streik den Dolch ins Rücken, den Willen der Bauarbeiter, der im „Streikverbot“ ist (Streik nur bei zwei Drittel Mehrheit) respektiert und die „gewerkschaftlichen Grundzüge“ hochhält. Mit gelben Streifbroschüren und in den Straßen hat sie schon bei Ausbruch des Lohnkampfes ein, die inoffiziellen Streikkomitees wandten sie während der drei Wochen Streikdauer an um die Bauarbeiter zu zermürben, bis es ihnen gelang, den tüchtigen Vertreter des Streik in den Rücken der Streikenden zu stoßen. Diese Schmach soll nun verwischt werden mit der Lüge über die Abstimmungsaffäre. In der Dresdner Streikversammlung am Mittwoch, dem 22. April, wurde nicht abgestimmt über Ausnahme oder Ablehnung, sondern die Kommissare haben kommandiert: Die organisierten Kollegen haben am Donnerstag ihre Arbeit aufzunehmen. Wer sich dem Kommando nicht fügte, hätte eben seine Unterstützung bekommen, wäre von den Vertretern mit dem Hungerstempel auf den Wagen gepreßt worden.

Die Tatsache ist also, in Dresden wurde, abgesehen von dem vorherigen Reichstag, 211:164 auf Fortsetzung des Streiks, nicht abgestimmt. In Chemnitz stimmten 70 für Aufnahme der Arbeit und 24 dagegen. In Leipzig stimmten 1269 für Fortsetzung des Streiks und 183 dagegen. Diese Abstimmungsaffäre aus den zwei höchsten Großstädten weisen aber die Frage auf, woher hat die Volkszeitung 64 000 Stimmen? Die sind aus den schamlosen Verrätersporen der SPD-Redakteure gezogen worden. Nichts weiter. Damit ist gekennzeichnet welche Rolle diese Leute spielen.

Die Bedeutung des Bauarbeiterkampfes ist ganz gut von einem unverdächtigem geäußert:

„Von vornherein können wir uns da überzeugen, wie recht die Metallarbeiterzeitung mit ihrer seit Wochen wiederholten Warnung hat: möge sich kein Arbeiter einbilden, daß es mit den 6 bis 8 v. H. Lohnsteigerung getan sei, mit denen das Unternehmertum voriges Jahr seinen Niedergang begann. Das war nur der mühsame Anfang. Der Kapitalismus ist jetzt an dem Punkt seiner Entwicklung angelangt, wo er sich nur noch durch sorgfältige verhältnismäßige Ausbeutung erhalten kann. Er wird sich deshalb nicht mit 6 bis 8 v. H. Lohnsteigerung zufrieden geben, sondern weiter und immer weiter gehen ohne jede Grenze, je weit sie ihn der Widerstand der Arbeiter irgend gehen läßt.“

Das schreibt die Metallarbeiterzeitung Nummer 14 vom 4. April 1931. Sie sagt somit, daß die Kommissare des DFB, die den Widerstand der Bauarbeiter gebrochen haben, den Weg für den weiteren Lohnraub ebneten. Das ist die logische Schlussfolgerung aus der Stellung in dem Blatt von Fritz Nummer, der natürlich ebenfalls stets verstanden hat sein Verräteramt hinter große Worte zu bergen.

Nach dem Lohnraub ist die Verbenne der Bauarbeiter um 10,5 bis 13 Prozent, je nach der Ortsklasse für Facharbeiter gekürzt worden. Das bedeutet einen Lohnverlust für Maurer in Dresden von 8,24 Mark pro Woche und 312 Mark pro Jahr. Abgesehen von der allgemeinen Arbeitslosigkeit ist diese gewaltige Verringerung für die Bauarbeiter eine ungeheure Wunde ihres Lebensstandes, weil sie in ihrer überhöhten Wehrheit nur wenige Wochen im Jahr arbeiten, weil bei Arbeitslosigkeit für sie eine besondere Kürzung der Unterstützung erfolgte mit der Begründung: sie haben einen „hohen“ Saisonarbeiterlohn. Aufolge der Lohnkürzung ist auch eine Herabsetzung der Unterstützung bei eintrittender Arbeitslosigkeit selbstverständlich. Dieser Lohnraub bedeutet dagegen für die Bauunternehmer die, wie aus den Abrechnungen mit 8 bis 12 Prozent Dividende bei den früheren Löhnen ersichtlich ist, bisher schon glänzende Profite hatten, Tausende Mark mehr Profit. Für die Beurteilung des gesamten Lohnverlustes ist aber noch maßgebend, daß die Löhne für die Hilfsarbeiter und Tischlerarbeiter später herabgesetzt, d. h. noch bedeutsamer tiefer herabgesetzt werden sollen. Bauherren und Löhner hoffen, wenn die Facharbeiter sich „beruhigt“ haben werden, nach einer gewaltigen Raubzug an den übrigen Arbeitern durchzuführen zu können.

Wenn es den Schatzmachern nicht gelang ihre Pläne, die in dem Erpreßverbot vorgesehenen Lohnsätze von 20 Prozent Kürzung, zu realisieren, so ist das lediglich der NSD und ihrem aktiven Auftreten zuzuschreiben. In tagelangen Ringen gegen die Bürokratie gelang es ihr mit der SPD, die Arbeiter für die Streiklösung zu gewinnen. Die Bürokraten hatten beabsichtigt, um wie vielen weiter zu arbeiten und den Kebers „unter Vorbehalt“ zu unterzeichnen. Das wurde vereitelt. Das Jurandemore der mit dem Staatsapparat und Kommissaren gegen die Bauarbeiter lebenden Unternehmer vor der Streikfront, und das Mandat, hat 20. März 13. März Lohnabbau zu diktiert. Infolge der Schwankungen in den Reihen der Bauarbeiter und für die Reformisten die Voraussetzung zur Abwägung des Streikes. Wenn der Unternehmerangriff teilweise zurückgeschlagen wurde, so nur dank der NSD, die trotz aller Schürereien der Bürokratie, die Bauarbeiter in den Streik führte. Daß die SPD-Kommissare nachträglich den „Streik proklamieren“, erfolgte nur zu dem Zweck, ihn um so sicherer abzumauern.

Die Rolle der SPD, deren Politik selbstverständlich von der DFB-Bürokratie durchgeführt wird, ist in diesem Streik der Bauarbeiter offenbar geworden. Sie „kämpft“ im Reichstag für den Frieden mit Brüning, Curtius und Seerd auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Bauern, und ihre Hauptaufgabe außerparlamentarisch ist ebenfalls „Frieden zu stiften“, damit die „Wirtschaft nicht gefährdet“ wird, die Kapitalisten in Ruhe ihre kompakten Angriffe auf die Löhne und die Lebenshaltung des Volkes durchzuführen und die verdrängte Produktionslabore betreiben können. Die SPD im Parlament als Stiefelputzer der Diktaturregierungen Brüning und Schlegel und außerparlamentarisch als Streikbrecher, jederzeit bereit, gegen die um ihre nackte Existenz kämpfenden Arbeiter den Verräterdolch zu führen, um im geeigneten Moment zuzuschlagen.

Sehr klar war auch die Stellung der Helfenskreuzer und Stahlhelmer. Sie traten als Streikbrecher auf und in ihrer Presse wurde der Heldentum der Bauarbeiter gegen das Großkapital — totgeschwiegen.

Die Bauarbeiter haben gelernt in dieser kurzen Streikdauer. Sie haben gesehen, daß die Stärkung der NSD, die Gewinnung aller Klassenbewußten Bauarbeiter, die die Verräterhande aus der Führung des DFB erkannt haben, das dringende ist, um sich vorzubereiten auf die kommenden Auseinandersetzungen. Nur durch feste Betriebs- und Stempelgruppen der NSD wird es möglich, die Verräter aus den reformistischen Verbänden beiseite zu schieben und gegen den Kapitalismus zum Angriff überzugehen.

Die Instanz der Stellung der Bergarbeiter hat einen Kampf um die Kampfs des Deutschen Reiches eröffnet, in dem es sich nicht um die Welt der Arbeiter geht, sondern um die Welt der Kapitalisten. Die Welt der Arbeiter geht in den Händen der NSD und den Reichsorganen und den Reichsbehörden.

Die nervöse Volkszeitung

Wut über Auffklärung der SPD-Arbeiter durch die Arbeiterstimme

Das Dresdner SPD-Organ, das, ehemals phrasenhaltig, heute den Fortschritt in offener Unterstützung der Unternehmer, Brüllings und Schlegel, in wüster Hege gegen die rote Sowjetunion und die rote Einheitsfront überdies, ist nervös geworden. Die rückhaltlose, vom Interesse der Volksmassen, besonders der SPD-Proleten, diktierten Enthüllungen der Arbeiterstimme gegen die Volkszeitung begründete auf die Herren. Getreue Hunde jaulen, und so steht denn das SPD-Blatt von gestern in allen Ecken Gist und Galle gegen die SPD, gegen die Arbeiterstimme, gegen die UdSSR. „Lüge — Fälschung — miserabel — infam — Schwindel — Verrat — Vorkommenheit — hohlerisch“ — eben diese Wüsten aus dem SPD-Mühsal zeigt, wer hohlerisch ist: die Arbeitervertreter, die über die unerträgliche Fälschung und Demagogie durch die Arbeiterstimme außer Rand und Band sind.

Sehen wir zu, bei wem Lüge und Fälschung ist:

Das SPD-Blatt ist empört, weil wir schreiben: UdSSR bringt deutschen Proleten Brot und Arbeit, und erklärt dazu:

„Die Sowjetregierung drückt die Freie für die in Deutschland bestellten Fabrikate in einer solch unerhörten Weise, daß das deutsche Unternehmertum die Reduzierung der Arbeiterlöhne fordert. Aufgabe der „reformistischen“ Gewerkschaften ist es, die Arbeiterschaft vor diesem Lohnraub zu warnen, für das die Sowjetregierung genau so wie das deutsche Unternehmertum schuldig zu sprechen ist, zu schämen.“

Gibt es eine größere Schamlosigkeit, Lüge und Fälschung als diese Ausstellungen der Volkszeitung? Jeder Arbeiter weiß, daß die UdSSR gut tut, möglichst niedrige Preise den deutschen Kapitalisten zu bezahlen, um so schneller den Sozialismus auszubauen und damit nicht nur das russische, sondern zugleich das deutsche und Weltproletariat zu stärken. Und wo steht es denn geschrieben, daß deshalb die deutschen Arbeiter niedrige Löhne in Kauf nehmen müssen? Fall — es steht doch geschrieben — in der SPD-Volkszeitung. Die SPD, die SPD-Verbandsorgane sind es ja, die den Lohnabbau mit allen Mitteln durchzuführen helfen, jetzt wieder bei den Bauarbeitern. Nicht die Preise der UdSSR brüden die Löhne, sondern die SPD ist es, die den Lohnraub mit den deutschen Kapitalisten im Hande treibt. Der Aufbau der UdSSR aber bedarf gerade die deutschen Arbeiter. Dem Beispiel der russischen folgenden, den Klassenkampf zu führen, den Unternehmern auf den Leib zu rücken und ein sozialistisches Reichdeutschland zu schaffen!

Die Volkszeitung leugnet, daß die SPD und Seering.

Politik dem Stahlhelm den Weg ebnet. Schon allein die Tatsache, daß der NSB verboten ist und der Stahlhelm erlaubt, ist Beweis unter hundert anderen Beweisen. Und was war Seering's hurrarparlamentarische Rede in Dresden? Sie war ein Versuch der Verführung der SPD-Arbeiter mit Stahlhelmsgeiß. Nichts anderes.

Die Volkszeitung verleiht Seering's Beteiligung an der Rotterordnung zu verschleiern, indem sie schreibt: „Wir hatten verschwiegen, daß Seering „zur Formulierung des Textes der Rotterordnung weder gefragt noch hinzugezogen worden ist.“ Ein schlechter Witz. Es ist gänzlich bedeutungslos, ob er mit „formuliert“ hat oder nicht. Tatsache ist, daß Seering nach seinen eigenen Worten „an dem Zustandekommen der Rotterordnung beteiligt“ ist. Stimmt das, ja oder nein! Tatsache ist, daß die Rotterordnung von Brüning nach vorherigen Einvernehmen mit der SPD erlassen wurde, und zu diesem Zweck hat ja die SPD mit den Brüning-Parteien zusammen den Reichstag nach Halle gelockt, um den Weg zur Rotterordnung freizumachen. Stimmt das? Ja oder nein! Es stimmt, und alle Welt weiß es. Wo ist also die Lüge und Fälschung? Die Volkszeitung ist es, die verzweifelt lügt und verdröh und fälscht, die sich vergebens bemüht, die Verräter und die Schande der SPD abzuschwächen.

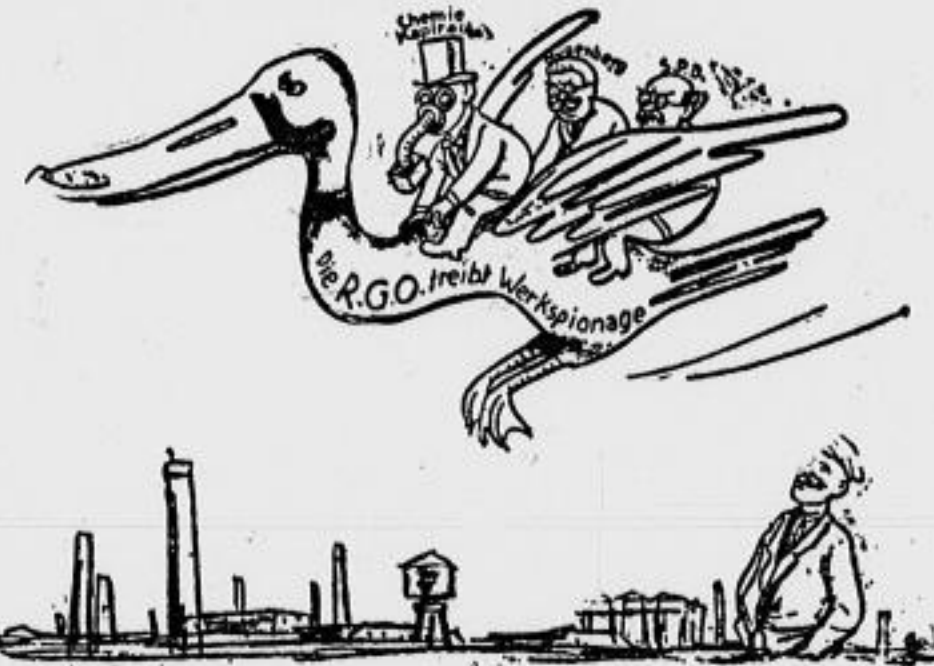
Und wir fügen hinzu: Unvergessen bleibt die wirklich schändliche Fälschung, die die Volkszeitung in der vergangenen Woche beging. Frech kritisierte das Blatt ab, daß im Dresdner Gesamtrat nach Einverabstimmung der Delegationsvorlage eine Gesamtabstimmung über Etat ein schließlich Delegationsvorlage vorgenommen worden sei. Dieser Schwindel ist entlarvt. Wir stellen erneut fest, daß im Dresdner Gesamtrat die SPD in der Gesamtabstimmung, die sowohl den Etat als auch zugleich die Delegationsvorlage (mit den 30 Prozent Erhöhung der Regenersteuer, 6 1/2 Millionen Abbau des Fiskusgeldes, Verdoppelung der Biersteuer usw.) umfaßt, für Etat und Delegationsvorlage, also für den Millionenraub stimmte.

Warum aber ist die Volkszeitung so nervös? — weil ihrer Entlarzung durch die Arbeiterstimme, weil die unerträgliche Fälschung der Massen und der SPD-Arbeiter durch die SPD, NSD und Arbeiterstimme auf fruchtbarsten Boden gefallen ist, weil die SPD-Arbeiter rebellieren und, wie Zustiften an uns beweisen, immer mehr zur roten Einheitsfront, zur SPD, zur NSD, zur Arbeiterstimme gehen. Und wir sagen voraus: Die Volkszeitung wird in den nächsten Wochen und Monaten noch nervöser werden!

Neue „Spionage“-Hege gegen UdSSR

Die Volkszeitung übertreibt die bürgerliche Presse!

Wie die bürgerlichen Telegraphenagenturen jetzt erst melden, ist bereits vor einigen Wochen in Baden-Baden ein Diplomingenieur verhaftet worden, weil er angeblich ein Nachrichtenverstecknis der Firma an die Sowjetunion verraten haben soll, monach unerschütterbares Panzerglas hergestellt werden kann. Während das Wolfsschilde Telegraphenbüro lediglich eine kurze Meldung verbreitet, ohne irgendwelche verlogene „Enthüllung“ hinzuzuschwindeln mag, bringt es die „Dresdner Volkszeitung“ fertig, in frechter Welle wiederum die Antilowjet-Hege der offiziellen bürgerlichen Presse zu übertrumpfen. Sie lügt einfach hinzu, was die Unternehmung ihrer Meinung nach ergeben sollte, aber nicht ergeben hat und erklärt wörtlich: „Damit findet die Feststellung, daß Russland ein ganzes Reich intensiver Spionage über ganz Deutschland befristet.“ Die SPD-Bresse land gezogen hat, eine weitere Übertreibung also selbst die üblichen bürgerlichen Hegeblätter in ihrem Haß gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat. Sie ist der Bluthund der antibolschewistischen Interventionstruppe aller kapitalistischen Länder.



Arbeiter: „Ich habe immer gesagt: Die haben einen gemeinsamen Vogel!“

NSD-Abgeordneter zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt

Leipzig, 23. April

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Maddalena aus Hamburg, ist wegen „Schwerer“ begangen durch Veröffentlichung mehrerer Artikel in der Hamburger Volkszeitung, die er verantwortlich zeichnete, vom Reichsgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Reife Eisenbahner-Liste zurückgewiesen

Sozialistische Schandbriefe gegen Eisenbahner

In Königsberg hat der Wahlvorstand bei der Reichsbahn-Betrieblistenliste die Vorläufigkeit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition völlig unmotiviert zurückgewiesen, um durch dieses Vergehen die NSD bei dem Wahlkampf an dieser Dienststelle auszuspielen.

Diese Tatsache ist ein Symptom dafür, mit welcher Schärfe der Wahlkampf bei der Reichsbahn geführt wird. Die Reformisten werden mit Unterstützung der Reichsbahndirektion eine Flut von Verleumdungen über die NSD verbreiten, um mit der Propaganda den gewaltigen Vorrat der NSD an der Reichsbahn aufzuhalten. Sie haben alle Kräfte, die Wahlentscheidung der Eisenbahner zu furchen. Jetzt gibt es aber alle Kräfte der Partei und Massenorganisationen zu mobilisieren zur Unterstützung des Betriebsratswahlkampfes für den Sieg der roten Liste am 2. und 16. Mai!

14 Reichsbannerleute gründen NSD-Ortsgruppe

Hindenburg (OS), 23. April (Eig. Drahtb.)

In Grottau sind die 12 Reichsbannerarbeiter Josef und Paul Hoehne, Hans Kraft, Karl Buchs, Walter Mittel, Paul Tunnig, Josef Wehl, Paul Bogler, Richard Hippel, August Wollte, Hermann Hanje geschlossen aus dem Reichsbanner ausgetreten. Sie haben in Grottau, einer Hochburg der SPD, wo die Kommunisten bisher nicht einmal einen Stützpunkt hatten, eine Ortsgruppe der NSD gegründet. Als erster Erfolg ihrer eben begonnenen Arbeit haben sie zwei weitere Reichsbannerkameraden namens Paul Hase und Max Hase von dem Arbeiterverrat der SPD-Führer überzogen. Beide sind zur NSD übergetreten.

Der zweite Mann kommt zur NSD Und auch der erste

Der seit langen Jahren in der Sozialdemokratischen Partei organisierte und als Funktionär tätige Genosse Emil Kochel aus Kretschau ist zur Kommunistischen Partei übergetreten. Er veröffentlicht eine Erklärung, in der er heißt:

„Für überzogene Hoffenbenutzte Arbeiter ist kein Platz mehr in der SPD. Richt der Partei des Arbeiterverrats der NSD, tut bescheiden Schritt, wie ich ihn getan habe. Treue ist in die Kommunistische Partei.“

In Kienburg traten während einer Versammlung, in der der kommunistische Abgeordnete Reubauer sprach, 22 Arbeiter in die Kommunistische Partei ein.

Wie die Volkswacht, unser Parteiblatt für Kommunisten, berichtet, sind allein in Pommern am Sonntag dem 19. April 61 Arbeiter und Kleinbauern in die Kommunistische Partei eingetreten.

Piskatorbühne und Dr. Wolf Sonntag, 10,30 Uhr im Künstlerhaus Dresden